

GR Ingrid HEUBERGER

18.01.2018

A N T R A G

Betreff: Verkehrssituation in der Puchstraße

Zu den Verkehrsspitzen in den Morgen- bzw. Abendstunden kommt es während der gesamten Werktage in der Puchstraße in südlicher Richtung zu massiven Stauungen, wo sich Fahrzeuge sehr oft bis zum BILLA-Markt zurückstauen (etwa 4,5 km ab der Kreuzung Puntigamerstraße / Rudersdorferstraße / Puchstraße in Richtung Norden)! Der Hauptgrund der Stauprobleme besteht darin, dass sich der Großteil des Fahrzeugverkehrs von Norden kommend auf der Puchstraße vor der genannten Kreuzung in die linke Einbiegespur einordnet, um nach Osten in Richtung Liebenau zu fahren. Jene Lenker, die nach rechts in Richtung Westen wollen, können sich nicht einordnen, da der beschriebene Umstand diese Abbiegemöglichkeit verhindert.

Die Puchstraße verbreitert sich - in die südliche Richtung gesehen - noch vor der Kreuzung ab der Zufahrt der Fa. BOELS bzw. ab der nördlichen Zufahrt zum LIDL-Markt. Ab der Zufahrt beim LIDL-Markt besteht allerdings derzeit eine Sperrfläche, welche bedingt, dass sich der nachfolgende Links-Einbiegeverkehr nicht mehr einordnen kann, um den anderen Verkehrsteilnehmern für deren Fahrspuren Platz zu machen.

Eine Verlängerung der linken Einbiegespur bzw. die Entfernung der genannten Sperrfläche mit einer gleichzeitigen Verlängerung der grünen Ampelphasen für die Linksabbieger würden hier eine große Erleichterung für den Fluss des Verkehrs sorgen und somit auch die Staubildung reduzieren.

Der geplante Ausbau der genannten Kreuzung in der Form einer Kreisverkehrslösung wäre für diese Kreuzung die beste Lösung für die weitere Zukunft. Schon in Anbetracht der stets voranschreitenden Industrie- und Gewerbebauten im Umfeld der genannten Straßenzüge und der betreffenden Kreuzung birgt künftig ein weitaus höheres Verkehrsaufkommen als derzeit, wo es sich bereits staut. Es ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren dieser Kreuzungsbereich in den Spitzenzeiten des Betriebsverkehrs unpassierbar wird!

Daher stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Antrag:

Die zuständigen Stellen im Haus Graz werden ersucht, den raschen Vollausbau der Kreuzung Puntigamerstraße / Rudersdorferstraße / Puchstraße zu einem gesamten Kreisverkehr zu forcieren und so rasch wie möglich umzusetzen.

GR Sissi POTZINGER

8.2.2018

Betreff: Gesonderte Linksabbiegemöglichkeit bei der Ampel an der Kreuzung
Münzgrabenstraße - Fröhlichgasse

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Aufgrund mehrerer Beschwerden von Autofahrern aus St.Peter möchte ich folgende Problemlage aufzeigen:

Wenn man die Münzgrabenstraße in Richtung Norden fährt und links in die Fröhlichgasse abbiegen will, ist das nur nach geduldigem Warten möglich. Von Norden durch die Münzgrabenstraße fahrende Autos haben gleichzeitig „grün“ wie die Linksabbieger, die von Süden kommend in die Fröhlichgasse einbiegen wollen. Lösungsvorschlag: Wie bei der Kreuzung Petersgasse – Koßgasse, wo von Norden kommende Linksabbieger extra einen grünen Pfeil als Lichtsignal haben, wenn die vom Süden kommenden Fahrzeuge bereits „rot“ haben.

Deshalb stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

ANTRAG:

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, zu prüfen, ob bei der Ampel an der Kreuzung Münzgrabenstraße – Fröhlichgasse eine gesonderte „Linksabbiegemöglichkeit“ umgesetzt werden kann.

GR Ernest SCHWINDSACKL

8. Februar 2018

A N T R A G

Betreff: 30 km/h-Beschränkung vor Senioren- und Pflegeheimen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Zum Schutze unserer Kinder ist vor vielen Grazer Schulen, vornehmlich vor Volksschulen, jeweils eine 30 km/h-Beschränkung verordnet.

Alten Menschen, insbesondere jenen, die in Seniorenheimen wohnen und glücklicherweise noch so mobil sind, dass sie das Haus für Besorgungen, Einkäufe, Spaziergänge u. dgl. verlassen können, wird dieser Schutz nicht lückenlos zu teil. Gleiches gilt für ältere Besucher der Heimbewohner, für welche gerade das Überqueren der angrenzenden Straßen auch zum Spießrutenlauf werden kann.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

ANTRAG:

Die zuständigen Stellen im Magistrat Graz werden ersucht, die betroffenen Senioren- und Pflegeheime zu erheben und die jeweiligen Verfahren zur Verordnung einer 30 km/h-Zone in den betroffenen Straßenzügen zum Schutze der Bewohner und Besucher in die Wege zu leiten.

GR. Mag. Gerhard SPATH
GR Sissi POTZINGER
GR Peter STÖCKLER
GR Ingrid HEUBERGER

08.02.2018

A N T R A G

Betr.: Schließzeiten der Bahnübergänge Sternäckerweg und Liebenauer Hauptstraße

Die Verkehrssituation rund um den Murpark hat sich in den letzten Jahren drastisch verschlechtert.

Durch den Erweiterungsbau des Einkaufszentrums (Fertigstellung 2018) wird ein weiterer Zuwachs des Einkaufsverkehrs zum Murpark erwartet. Zusätzlich erhöht sich das Verkehrsaufkommen zur bzw. von der Autobahnauffahrt auf die Südautobahn ebenfalls. Auch die sehr gut ausgelastete P&R – Garage der Stadt Graz zieht viel Individualverkehr an, der nicht nur über die Autobahnauffahrt, sondern auch über die Liebenauer Hauptstraße zu- und abfließt. Durch den regen Wohnbau in dem genannten Gebiet (zB. Sternäckerweg) intensiviert sich der Verkehr nochmals. Die langen Schließzeiten der Bahnschranken am Sternäckerweg bewirken einen „Mega-Stau“, der auf der einen Seite bis zum Kreisverkehr Ferdinand Porsche Platz und auf der anderen Seite bis in die Liebenauer Hauptstraße zurückreicht. Auch der gesamte Busverkehr wird dadurch blockiert und verhindert, zum Ärgernis der Benützer, das Einhalten der geplanten Fahrzeiten des öffentlichen Verkehrs. Dazu kommt noch der tägliche Ein- und Auspendlerverkehr in der Liebenauer Hauptstraße, der durch die langen Schließzeiten beim Bahnübergang blockiert wird.

Seit der Inbetriebnahme der neuen Schrankenanlage am Sternäckerweg im Jahre 2011 verlängerten sich die Schließzeiten erheblich. Die Häufigkeit der Sperrzeiten erhöhte sich durch die Verdichtung der Zugintervalle der S-Bahn, vor allem weil die Eisenbahnkreuzungen vor Abfahrt des Zuges aus den Bahnhöfen Messendorf bzw. Ostbahnhof bereits geschlossen werden. Bis zu 20 Mal innerhalb von 30 Minuten sind die beiden Bahnübergänge geschlossen, obwohl das Vorbeifahren der Züge nur ein paar Sekunden dauert.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stellen wir daher den

Antrag:

Frau Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird aufgefordert, umgehend mit den ÖBB Gespräche hinsichtlich einer kurzfristigen Optimierung der Schließzeiten bei den Bahnübergängen Sternäckerweg und Liebenauer Hauptstraße aufzunehmen und mittelfristig eine Unterführung der beiden Bahnübergänge in die Wege leiten.

GR HR DI. Georg Topf

18.1.2018

ANTRAG

Betreff: Verschiedene Verkehrsmaßnahmen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bewohner unserer Stadt sind mit den nachfolgend angeführten Sachverhalten in Bereich des städtischen Verkehrs an mich herangetreten und haben um Prüfung und Lösung des jeweils geschilderten Problems ersucht:

In der Koßgasse, ungefähr auf Höhe des Supermarktes Lidl, befindet sich ein Zebrastreifen. Entlang der Straße Koßgasse - Waltendorfer Gürtel führt auch ein Fahrradweg und bei dem beschriebenen Fußgängerübergang mündet auch der Geh- und Radweg von der Schörgelgasse kommend in die Koßgasse.

Radfahrer, die am besagten Zebrastreifen die Straße überqueren wollen, müssen absteigen und zu Fuß über die Straße gehen, da nur ein Zebrastreifen und kein zusätzlicher Radfahrübergang vorhanden ist.

In der Strassoldogasse ist das Radfahren auf dem rot gefärbten Fahrradstreifen derart gefährlich, da sämtliche entgegenkommenden Autofahrer aufgrund der schmalen Breite der Fahrspur auch auf dem Radfahrstreifen fahren (müssen). Radfahrer werden in so einer Begegnungssituation an die dort sehr hohe Gehsteigkante abgedrängt. Wenige Autofahrer weichen aus, die Mehrheit fährt stur und sehr knapp an den Radfahrern vorbei.

In der Rechbauerstraße an der Kreuzung Wastiangasse überquert der rot markierte Radfahrstreifen von der Alten Technik in Richtung Stadtpark / Glacis führend die Straße, um auf der anderen Straßenseite auf dem Gehsteig einen gemischten Geh-/Radweg zu bilden.

Viele Autofahrer nehmen den herannahenden Radfahrern bei der Überquerung der genannten Stelle die Vorfahrt, obwohl dieser Radfahrübergang gleich wie ein Zebrastreifen für Fußgänger zu behandeln ist. Als Lösung könnte ein baulich erhöhter Übergang in Form einer Bodenschwelle darstellen.

Die Straßganger Straße ist bei Überquerung auf der Höhe der Hauseggerstraße schlecht einsehbar, da auf beiden Seiten die auf den eingerichteten Parkstreifen geparkten Autos die Sicht versperren.

Gerade in diesem Bereich überqueren viele Kinder und Jugendliche die Straße, da es westlich der Straßganger Straße einen Kindergarten und einen Sportplatz, der von vielen Kindern und Jugendlichen genutzt wird, gibt und die Hauseggerstraße nach Osten die direkte Verbindung zur Karl-Morre-Schule bzw. zum dazugehörenden Sportplatz ist.

Für die Anrainer ist es nicht zumutbar, die Parkflächen zu entfernen, ein Schutzweg würde die Aufmerksamkeit der Straßenbenutzer erhöhen und die Überquerung erleichtern.“

Daher stelle namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A N T R A G:

Die zuständigen Abteilungen des Hauses Graz mögen die genannten Sachverhalte einer Prüfung und im Falle der Realisierbarkeit einer ehestmöglichen Umsetzung zuführen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Kurt Luttenberger

8. Februar 2018

Antrag

Betrifft: Behindertenfreundliche „Einkaufshilfen“ für Grazer Geschäfte

Traiskirchen, NÖ, ist uns nicht gerade als „Hot Spot“ des Handels bekannt. Dennoch machen sich dort viele GeschäftsinhaberInnen die Mühe, wertschätzend – und ohne großen materiellen Aufwand – ein kleines, aber nicht unbedeutendes Serviceangebot für gebrechliche bzw. behinderte Bürgerinnen und Bürger in die Praxis umzusetzen.



Über Knopfdruck (siehe Bild) kann eine Person aus dem Geschäft angefordert werden, die Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen durchs Geschäft führt bzw. beim Einkaufen unterstützt.

Was in der rd. 20.000 Einwohner zählenden Stadt Traiskirchen zum „state of the art“ gehört, müsste doch auch in Graz, einem der wichtigsten österreichischen Kultur- und Tourismuszentren mit dem Anspruch, „behindertenfreundlich“ zu sein, ebenfalls in absehbarer Zeit verwirklicht sein.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die zuständigen Stellen bei der Stadt Graz, insbesondere die Abteilung für Wirtschaft und Tourismus, setzen sich bei den Grazer Handels- und Tourismusbetrieben dafür ein, dass auch in den Grazer Geschäften künftig behindertenfreundliche „Einkaufshilfen“ zur Verfügung gestellt werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 08. Februar 2018

Antrag

Betrifft: Eintrittspreise Grazer Bäder

Die Bäder in Graz erfreuen sich auch im Winter allgemeiner Beliebtheit. Leider sind die regulären Eintrittspreise im Bad zu Sonne mit 4,30 für zwei Stunden und 6,60 für den ganzen Tag und in der Auster mit 5,40 für zwei Stunden und 7,60 für den ganzen Tag nicht unbedingt dem sportlichen Treiben förderlich.

Während es bei der Holding Graz Linien Ermäßigungen der Standardtickets um 38% bzw. 50% gibt, spotten die Ermäßigungen der Grazer Bäder jedem Vergleich. Im Bad zur Sonne bekommt man eine Ermäßigung von 0,20 bei einer Zweistundenkarte und 2,20 bei einer Tageskarte. In der Auster werden 0,80 für zwei Stunden und 0,90 für den ganzen Tag ermäßigt.

Weiters gibt es keine Möglichkeit während einer angebrochenen Saison vergünstigte Saisonkarten, Monatskarten oder Zehnerblöcke zu erwerben.

In Anbetracht auf die geplanten horrenden Ausgaben für die geplante Austragung von Olympia 2026, sollte zu zuvor in den Breitensport investiert werden, wovon die Grazerinnen und Grazer direkt und zielgenauer profitieren würden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Die Verantwortlichen der Stadt Graz und der Beteiligungsreferent mögen mit der Holding Graz Freizeit in Verhandlung treten, um eine Erhöhung der Ermäßigung, sowie einen entsprechenden 10er-Block oder Monatskarte für die Grazer Freibäder auszuarbeiten und umzusetzen.



Antrag

der Grünen-ALG

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung vom 08. Februar 2018

von

GRⁱⁿ Bedrana Ribo, MA

Betrifft: Fitnessgeräte für RollstuhlfahrerInnen

Die Stadt Graz hat im Jahr 2014 im Gemeinderat den „Kommunalen Aktionsplan der Stadt Graz zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung“ beschlossen. Dieser Beschluss ist ein klares Bekenntnis zu einer barrierefreien Stadt. Vieles wurde auch schon umgesetzt aber wir sind noch lange nicht am Ziel.

Viele Menschen im Rollstuhl sind sportlich und sehr aktiv. Das haben mittlerweile auch Fitnesscenter erkannt und sind mit Geräten ausgestattet, die auf die Bedürfnisse von Menschen im Rollstuhl zugeschnitten sind. Tatsache ist aber auch, dass die Mitgliedsbeiträge nicht für jede und jeden erschwinglich sind. Im Augarten, im Volksgarten und auch an der Mur gibt es bereits Fitnessgeräte, die frei zur Verfügung stehen, diese sind jedoch für Menschen im Rollstuhl nicht geeignet.

In einer Sitzung des Behindertenbeirates der Stadt Graz berichtete ein Betroffener von der Möglichkeit für Menschen mit Behinderung, im öffentlichen Raum zu trainieren und regte dies auch für Graz an. In Toronto aber auch in St. Petersburg gibt es im öffentlichen Raum bereits Fitnessgeräte, die für das Training von RollstuhlfahrerInnen konzipiert wurden. Es wäre ein weiterer Schritt bei der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung in unserer Stadt, wenn diese Idee auch in Graz aufgegriffen und umgesetzt würde.

Daher stelle ich folgenden

Antrag

Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, in Kooperation mit dem Behindertenbeirat die Möglichkeit der Anschaffung und Aufstellung von Fitnessgeräten im öffentlichen Raum, die auf die Bedürfnisse von RollstuhlfahrerInnen zugeschnitten sind, zu prüfen und bei positivem Ergebnis dieses Projekt umzusetzen.



Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 8.2.2018

von

GRⁱⁿ Manuela Wutte, MA

Betrifft: Schulbesuche von politischen FunktionsträgerInnen

Der Besuch der Grazer Volksschule Murfeld von Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache am 23.1. löste bei vielen Menschen, insbesondere bei Eltern schulpflichtiger Kinder, Verwunderung und Befremden aus. Insbesondere das Verteilen von Autogrammen hinterließ bei vielen Menschen große Fragezeichen in Hinblick auf die Zulässigkeit derartiger Werbeaktionen an öffentlichen Schulen.

Parteilpolitische Werbung ist laut Schulunterrichtsgesetz grundsätzlich an Schulen nicht zulässig. Es sei darauf zu achten, dass „sachlich, objektiv und pluralistisch“ über Politik informiert wird. Keineswegs dürfe der Eindruck entstehen, Parteilpolitik werde – durch Personen oder einschlägiges Werbematerial – in die Schule transportiert. Der Besuch von Schulen durch Politiker und Politikerinnen lasse jedenfalls eine zumindest latente Werbewirkung für die entsprechende politische Partei nicht ausschließen. (Aus einem Rundschreiben des Ministeriums aus dem Jahr 2008, das an die Unzulässigkeit parteipolitischer Werbung an Schulen erinnert.)

Dieser Einschätzung folgend bewegen sich viele Besuche politischer FunktionsträgerInnen in einem rechtlichen Graubereich; besonders eklatant im Widerspruch zum Werbeverbot steht aber sicher das Verteilen von Autogrammkarten. Unklar ist auch, ob die Eltern vorab über diesen Besuch informiert und um ihr Einverständnis gefragt wurden.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

Antrag

Der zuständige Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, möglichst bald in Kontakt mit dem Bildungsministerium zu treten und für eine Nachschärfung der Bestimmungen zu parteipolitischer Werbung an Schulen im Schulunterrichtsgesetz einzutreten: Erstens sollen Eltern in Zukunft im Vorfeld, bezogen auf den konkreten Anlass, gefragt werden, ob Fotos ihrer Kinder gemacht und für welche Zwecke sie verwendet werden dürfen. Zweitens bedarf es einer genaueren Klärung, welche Schulbesuche im Rahmen politischer Funktionsausübung vertretbar und welche als Parteiwerbung einzustufen sind.